

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Für unvollständig eingelangte Manuskripte
übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

Friftverlängerung in der Entschädigungsfrage.

Einzelheiten aus dem Wirtschaftsmemorandum des Obersten Rates Verlängerung der Festlegungstriest. — Die europäische Valuta. — Der Wiederaufbau.

(Telegramme unserer Korrespondenten.)

- W. Basel, 10. März.
- Aus Paris wird gemeldet: Das Memorandum des Obersten Wirtschaftsrates umfasst, wie dem 'Temps' gemeldet wird, fünf deutlich unterscheidbare Teile:
1. Einleitende Bemerkungen über die allgemeine Wirtschaftslage und die Valutaverhältnisse.
 2. Hinweise auf die Notwendigkeit der Wiederherstellung der zerstörten Gebiete sowie des wirtschaftlichen Wiederaufbaues von Deutschland und Oesterreich.
 3. Bedingungen für die Wiederherstellung des Wirtschaftslebens in Europa und Vorschläge für die Sanierung der Finanzgebarung in den verschiedenen Ländern.
 4. Positive Maßnahmen für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete.
 5. Festsetzung der Frist für die Bemessung der von Deutschland zu entrichtenden Entschädigungssumme und positive Maßnahmen für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands und Oesterreichs.

Nachdem das Dokument zu den gegenwärtigen Valutaverhältnissen Stellung genommen hat, wird erklärt, daß die europäischen Regierungen nicht mehr in der Lage seien, weitere finanzielle Vorstöße zu geben, da jede Anleihe, die nicht für die sofortigen Bedürfnisse des Staates, der sie aufnehmen müsse, bestimmt sei, den Notenlauf nur vergrößere. Es können nur noch sehr beschränkte Kredite in dringenden Fällen gewährt werden. Soll das Valutaverhältnis gebessert werden, so müssen zuerst die kommerziellen Kredite wieder hergestellt sein. Auf welche Weise dies am besten geschieht, wird die internationale Finanzkommission, die unter den Auspizien des Völkerbundes zusammengetreten wird, festzustellen haben. Der Wirtschaftsrat ist der Meinung, daß die Wiederherstellung der zerstörten Gebiete eine Frage von europäischer Bedeutung ist. Was Deutschland betrifft, so stellt er fest, daß sein Initiativgeist gehoben ist, und daß es Deutschland unmöglich ist, im Auslande Geld aufzunehmen, solange man die im Verträge vorgesehene Entschädigungsforderung nicht pflanzmäßig summt. Es sei daher im Interesse der Alliierten, die Summe so rasch wie möglich festzusetzen. Deutschland müsse in den Stand gesetzt werden, sich Lebensmittel und Rohstoffe beschaffen zu können. Für Oesterreich müsse eine unmittelbare Hilfsaktion eingeleitet werden.

Was den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete angeht, so seien hierzu ungeheure Summen nötig, und es sei nicht

möglich, abzuwarten, bis Deutschland die geschuldete Entschädigungssumme bezahlt habe. Auch hier müsse der Weg der Anleihe beschritten werden, die auf die Summe aufgenommen werden könne, die Deutschland ratenweise entrichten wolle. Die Einschränkung in der Kreditgewährung, die der Wirtschaftsrat vorschlägt, gelten nicht für die Anleihen, die zum Zwecke des Wiederaufbaues der zerstörten Gebiete aufgelegt werden müssen.

Bezüglich Deutschlands und Oesterreichs werden folgende Beschlüsse gefaßt: Die von der Kommission vertretenen Mächte stimmen überein, ihren Vertretern in der Wirtschaftscommission zu empfehlen, Deutschland mitzuteilen, daß eine längere Frist als die im Verträge festgesetzten vier Monate gewährt wird, um die Gesamtsumme der Entschädigung vorzuschlagen. Deutschland soll gefragt werden, ob es bereit sei, einen Vorschlag zu machen, wie jener, der in der Note vom 17. Juni 1919 empfohlen wurde, und der bezweckt, so bald wie möglich eine endgültige Gesamtsumme der Entschädigung festzusetzen, wobei die Summe sich nach der Zahlungsfähigkeit Deutschlands richten würde. Ferner soll die Wiederermittlungskommission entsprechend Artikel 235 des Friedensvertrages Maßnahmen ergreifen, die Deutschland gestatten, sich die unerlässlichen Lebensmittel und Rohstoffe zu beschaffen, und schließlich Deutschland ermächtigt werden (und ebenso Oesterreich), im Auslande eine Anleihe aufzunehmen, um diese Anleihe zu bezahlen.

Daag, 10. März.

Ein Korrespondent der 'Daily Express' hatte eine Unterredung mit Lord Seberholme, der meinte, Deutschland könne erst an letzter Stelle geholfen werden, solange nicht festgestellt, daß die Güte des Obersten Rates an Deutschland seinen neuen Angriff dieses Landes auf Frankreich auslösen würde. Belgien, Serbien, Armenien, besonders aber Belgien, dessen Finanzen durch die Lebensverhältnisse mit deutscher Mark völlig in Unordnung geraten sind, sollte zuerst geholfen werden. In einer zweiten Unterredung mit dem Vertreter der 'Daily Express' erklärte Lord Robert Cecil, daß England und die Welt von dem Untergang Deutschlands nichts Gutes erwarten könnten, und daß man dasselbe daher unterhalten müsse, damit es wieder zahlungsfähig werde und seinen Handel aufnehmen kann. — Die 'Morning Post' veröffentlicht eine Unterredung seines Washingtoner Korrespondenten mit einem ungenannten amerikanischen Bankier, der als sachverständiger Berater der Delegation in Paris tätig war, und jetzt über Deutschlands Treubruch sich bitter beklagt. Er erblickt den Treubruch darin, daß Deutschland die Friedensbedingungen nicht ausführt und als Grund dafür die Zahlung seiner Indultrie angibt. „Wenn 90 000 Käufer, darunter 14 000 Ausländer, die Seizergüter besichtigen, muß Deutschland nicht nur Produkte seiner eigenen Indultrie ausführen können, sondern ist wahrscheinlich auch in einer viel besseren Lage als A. Italien und Frankreich. Wozu braucht es ein Darlehen zum Ankauf von Rohmaterialien, wenn es nicht zur Ausfuhr imstande ist?“

Holland und die deutsche Mark.

Berechnungen und Vorwürfe.

Von (Nachdruck verboten.)

Vlondro (Haag).

Der 'Nieuwe Courant' im Haag, der in Holland mit Recht eine führende Stellung einnimmt, bringt einen Artikel über das Kaufen in Deutschland, dessen Verfasser sich mit 'Civis' unterzeichnet. Civis geht davon aus, daß das Kaufen zu billigen Preisen in Deutschland durch Holländer, die dabei von dem hohen Stande des Guldens profitieren, sowohl in Deutschland wie auch in Holland mit einer gewissen Verachtung und Geringschätzung beurteilt werde. Diese Anleglichkeit verdient aber, wie Civis meint, eine andere Betrachtung, wobei man, immer nach Civis, das Verhalten des Kaufmanns von der prinzipiellen Frage unterscheiden müsse. Die Hauptsache ist, nach der Meinung der Verfasser, die Frage, wie die Marktheine nach Holland hineingekommen sind, die man nun für 2,5 bis 4 Cents per Stück bekommen kann. Diese Marktheine seien durchaus nicht ein Geschenk Deutschlands, sondern eine Gegenleistung für Waren, die Holland jahrelang nach Deutschland geliefert hat. (In einigen Fällen auch im Austausch für Gold erworben, das heimlich nach Deutschland gebracht worden ist, und für Forderungen in Gulden, die auf Holland lauten.) Sehr viele dieser Marktheine nun seien zu 50, 50 45, 40 und so abwärts weiter eingekauft worden, bis ihr Wert nur noch um 3 Cents spielte. Anders ausgedrückt, heißt das, daß diese Marktheine für einen Gulden gab, wenn der Kurs, wie er es längere Zeit tat, bei 40 stand, oder dreieinhalb Mark für einen Gulden, wenn der Kurs auf 30 stand, usw. Wenn man nun den mittleren Wert der vorhandenen Marktheine aus den verschiedenen Preisen, die für sie in Cents erzielt worden sind, berechnet, dann sei durch die Mittel für die in Holland liegenden Mark viel mehr als die jetzigen 3 Cents bezahlt worden. Wenn man mit einem Durchschnittspreis von 16,8 Cents für die Mark rechnet, dann sei man der Wahrheit sehr viel näher, als wenn man sie in der Umgegend von durchschnittlich 3 Cents laßt. (Es werden von sehr sachverständiger Seite in der Tat noch viel höhere Schätzungen, bis zu 27 Cents, als Durchschnittspreis der 'holländischen Mark' genannt.) Civis berechnet nun, daß der einzelne, der die Mark für 3 Cents in seinen Besitz bringt — und zwar von jemand, der den angenommenen Durchschnittspreis nicht gekostet hat und nun 13,3 Cents an jeder Mark verliert — jetzt allerdings eine Ware, die in Holland 100 Gulden wert ist, in Deutschland tatsächlich für 1000 Mark fauft, sie aber persönlich für 48 Gulden erlöst und infolgedessen einen persönlichen Vorteil von 52 Gulden hat. Gegenüber seinem Vorteil von 52 Gulden aber steht für den, dem er die Marktheine abgekauft hat, ein Verlust von 217,60 Gulden, nämlich 1600 mal 13,6 Cents. Wühn kauft die holländische Volk für die betreffende Ware nicht 48, sondern 265,60 Gulden, das heißt 217,60 plus 48 Gulden, und also nicht die Hälfte des Wertes, sondern das dreieinhalbfache des Wertes. Dieses interessante Rechenexempel stimmt ohne Zweifel.

Civis geht nun der Einfachheit halber für seine weitere Rechnung voraus, daß sich eine Milliarde Mark in Holland befinden, während tatsächlich diese (57) Milliarden in holländischen Händen sind. Diese Milliarde hat, immer unter gleichen Voraussetzungen, tatsächlich 166 Millionen Gulden gekostet, was Civis gleichsetzt mit der Lieferung von Gütern im Betrage von 166 Millionen Gulden. Wiederholt man das eben gemachte Rechenexempel, so kommt nun, wenn man wieder mit Mark zu 3 Cents in Deutschland kauft, ein Verlust von 106 Millionen Gulden an jeder Milliarde Mark heraus. Es kann also sagt Civis, gar keine Rede sein von einer 'Ablinderung Deutschlands', sondern wir bekommen nur einen kleinen Teil dessen zurück, was wir Deutschland durch die Annahme von Marktheinen gegeben hatten. Infolgedessen könne man es nicht völlig billigen, wenn jetzt Deutschland Ausfuhrverbote erlasse. Man habe die Mark nicht als Tapetenpapier gekauft, sondern in der Aussicht, später dafür wieder Güter aus Deutschland zu beziehen. Den einzelnen könne man in Deutschland nicht zum Verkauf zwingen, aber der deutschen Regierung ließe es nicht an, unter diesen Umständen Ausfuhrverbote gegen Holland zu erlassen. Es lasse sich hören, daß gewisse Holländer großmütig sein sollten und sagen: „Persönlich verliere ich nicht an der Mark und darum will ich nun keine Profite auf Kosten eines schwer getroffenen Landes machen.“ Man kann sich auch noch großmütiger andere Holländer denken, die sagen: „Ich habe an der Mark viel verloren, aber ich will nicht davon profitieren, daß man sich in Deutschland kein Bild von den Weltmarktpreisen macht.“ Es gibt auch Leute, die Lebensmittel aus Deutschland ausführen, und das findet Civis sehr unympathisch, aber annehmend, daß das billige Kaufen in Deutschland mit Gulden wirklich billig sei, sei falsch. Tatsächlich würden, wie ausgerechnet, sehr hohe Preise bezahlt, mithin ist es eine schiefte Vorstellung, daß es sich um eine Art Plünderung handle, und das Ausfuhrverbot sei also nicht gerecht.

Das Rechenexempel, wie gesagt, stimmt. Aber jedenfalls ist eine tatsächliche Voraussetzung ganz falsch: daß nämlich die ungeheuren Marktheine, die sich im Kriege in Holland aufgehäuft haben, fast ausschließlich den Gegenwert gelieferteter Güter darstellen. Ein sehr großer Teil der gelieferteten Güter ist mit deutschen Gütern im Gegenzug bezahlt worden, und zwar besonders im Fall der Kohlen mit Gütern, die für uns den allergrößten Wert hatten, und deren Vergabe jedesmal ein Schmerz war. Tatsache ist, daß die vorhandenen Marktheine zu einem sehr großen Betrage rein aus Spekulationen Gründen nach Holland gekommen sind. Man hat schon im Kriege die Beobachtung machen können, daß selbst sehr deutschfeindliche Holländer doch große Posten Mark,

Das kommende Kabinett Branting.

(Telegramme unserer Korrespondenten.)

h. Stockholm, 10. März.

Dieser Tage ist der Sozialistenführer Branting zum König benannt worden, um die Kabinettsbildung zu übernehmen. Man nimmt an, daß Branting nach Beratung mit der heute zusammengetretenen sozialistischen Reichstagsgruppe den Auftrag annehmen wird. Er wird es nicht als Triumphator tun. Denn es wäre verfehlt, anzunehmen, daß der Rücktritt der Sozialregierung eben irgendwem als Ausdruck der Unzufriedenheit der schwebeligen Opposition anzufassen wäre, daß er unter ihrem Druck erfolgt wäre. Sein Sieg der Opposition ist es. Die eigenen Freunde, Kollegen von gestern, haben das Kabinett gepregelt. In diesem Sprengstoff gab die von den Sozialdemokraten ausgearbeitete gerechte neue Kommunalsteuervorlage ab, die das herrschende Mißverhältnis zwischen der Einkommen- und Eigentumssteuer zugunsten der ersten auf gerechte Weise zu beseitigen sollte. Kein liberales Mitglied der Sozialregierung war die diese Steuer vorlage zu gewinnen! Dazu kam die Opposition der Einkünfte gegen die inzwischen genehmigte Vorlage über den Eintritt in den Völkerbund. Aber man ließ doch das Kabinett eben noch bis zur Erledigung dieser Vorlage am Leben. Nachdem es sich jetzt ganz aufgelöst und überlebt hat, kann es vom Kabinett Branting abgelöst werden. Die Demission erfolgte mit der Motivierung, daß die Voraussetzungen, die eine liberal-sozialistische Koalitionstellung postulierten, nicht mehr vorhanden sind. Eben selbst hat vor seinem Rücktritt dem Könige den Rat gegeben, Branting den Auftrag zur Bildung des Kabinetts zu geben. Politisch-parlamentarisch motivierte dies folgendermaßen: Keine Partei allein verfügt im Reichstag über in erster der beiden Kamern über eine absolute Mehrheit. Da nun der jetzige Reichstag keine Möglichkeit vorhanden ist, einen anderen zusammenzukommen — etwa durch Verzichtung der Sozialisten nach rechts zu den Konserverativen — und die sozialdemokratische Partei die mächtigste des Reichstags und in der zweiten Kammer ist, so ist sie die einzige, die über eine Möglichkeit verfügt, für ihren Vorschlag (die Kommunalsteuerreform) eine Mehrheit zu erzielen.

Branting, dies wurde wiederholt versichert, übernimmt nur gegen das Wider. Man sprach auch von einem Kabinett Koalition unter der Führung des jetzigen, am Vortage verabschiedeten Sozialministern, der schon wegen der Kommunalsteuerreform zur Zentralfigur im neuen Kabinett prädestiniert war. In diesem Falle würde Branting das Auswärtige Amt zu stellen, das er ebenfalls de facto befehligt, ja sogar wenn er völlig dem neuen reinsozialistischen Kabinett aus irgendeinem Grunde fern bleiben sollte. Denn seit über zwei Jahren hat Branting in wichtigen Fragen die auswärtige Politik bestimmt. Dies ist besonders die hiesigen Entsendungsdiplomaten verstanden, die

stets über seine persönliche Auffassung als Richtschnur ihrer Außenpolitik sich informieren und um seine Günt buhlen. Es ist verfehlt, Branting als einen Deutschenfeind darzustellen. Ich erinnere nur an die warmen Worte, die er im Reichstage für Deutschlands Not führte, gegen jeden seinen Parteigenossen Absorption — es war dies vor einigen Wochen, als die Regierung einen Dreimillionenkredit zum Ankauf von schwedischen Früchten für Deutschland absahnte. Damals schloß sich Branting der Reichstagsopposition in dieser Frage an!

Wer Minister des Äußeren wird, ist nicht mit Sicherheit vorauszusetzen. Man sagt, daß der bisherige Marineminister Baron Palmhierna hierzu die meisten Aussichten hätte, weil er neben Branting der einzige Sozialdemokrat ist, der im Kontakte und auf Erprobung die auswärtigen Angelegenheiten behandeln konnte. Sonst möchte man am liebsten einen parteilosen Berufsdiplomaten haben — man meint darunter in erster Linie wahrhaftigen in schwedischen Diensten in Afrika, Baron Kamef. Der Chefredakteur des 'Socialdemokraten', Minn Hansson, ein tadelloser Antimilitarist, soll Kriegsminister werden!

Ein rein sozialdemokratisches Kabinett in einer konstitutionellen Monarchie ist eine politische Neubildung. Wir werden sehen, ob dieses Experiment lebensfähig ist. Die bisherigen Linksozialisten werden es jedenfalls bekämpfen, dies hat schon vor Monaten ihr Führer Höglund, der jede einseitige sozialdemokratisch-linksozialistische Kombination ablehnt, verkündet.

Gelehrte

als Opfer der russischen Volksheroen.

(Telegramme.)

Kopenhagen, 10. März. (W. I. B.)

'Politiken' meldet aus Helsingfors: Der Sekretär der russischen Akademie der Wissenschaften, der sich gegenwärtig in Wiborg aufhält, teilt mit, daß folgende russische Gelehrte von den Volksheroen getötet worden seien: der Professor der Staatsrechts Dschafanow, die Professoren für Nationalökonomie Hesse, Sobstyn und Kofin, der Geologe Jostanzew, der Botaniker Gobi, der Ägyptologe Wolkow, der Vorsteher der Landwirtschaftslehre Rudschajew, der das Riblungelied in das Russische überfetzt hat, sowie der Professor der Musik am Konservatorium Petrow.

Amsterdam, 10. März. (W. I. B.)

Die 'Times' melden aus Warschau, daß die Polen dem russischen roten Heere eine Niederlage bei Kalenka mitteilend beibringt, mehr als tausend Gefangene gemacht und viel Kriegsgerät erbeutet haben.